Europäisches Parlament
2019-2024

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2023/2072(INI)

5.9.2023

ENTWURF EINES BERICHTS

über die sicherheits- und verteidigungspolitischen Auswirkungen des Einflusses Chinas auf die kritische Infrastruktur in der Europäischen Union (2023/2072(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Klemen Grošelj

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.....3

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Auswirkungen des Einflusses Chinas auf die kritische Infrastruktur in der Europäischen Union
(2023/2072(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf Titel V des Vertrags über die Europäische Union, insbesondere auf Kapitel 2 Abschnitt 2 mit Bestimmungen über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik,

– unter Hinweis auf den Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt, der am 21. März 2022 vom Rat und am 25. März 2022 vom Europäischen Rat gebilligt wurde,

– unter Hinweis auf die Erklärung von Versailles, die am 11. März 2022 auf der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs angenommen wurde,

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 20. Juni 2023 über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit (JOIN(2023)0020),

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2022/2557 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Resilienz kritischer Einrichtungen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/114/EG des Rates (Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen)[1],

– unter Hinweis auf die Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie)[2],

– unter Hinweis auf die Empfehlung des Rates vom 8. Dezember 2022 für eine unionsweite koordinierte Vorgehensweise zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastruktur,

– unter Hinweis auf das von den Staats- und Regierungschefs der NATO, die an der Tagung des Nordatlantikrats am 11. Juli 2023 in Vilnius teilgenommen haben, veröffentlichte Kommuniqué zum Gipfeltreffen in Vilnius,

[1] ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 164.
[2] ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80.

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/XXXX des Europäischen Parlaments und des Rates vom [Datum] zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz)[3],

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 15. September 2022 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 (COM(2022)0454),

– gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für internationalen Handel,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A9-0000/2023),

A. in der Erwägung, dass der Schwerpunkt der unlängst veröffentlichten Gemeinsamen Mitteilung über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit auf dem Ziel liegt, die Risiken, die sich vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen und beschleunigter technologischer Veränderungen aus bestimmten Wirtschaftsströmen ergeben, so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Offenheit und Dynamik zu wahren;

B. in der Erwägung, dass die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen und die NIS-2-Richtlinie einen umfassenden Rechtsrahmen bieten, um sowohl die physische als auch die digitale Resilienz kritischer Infrastruktur, einschließlich der Infrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr, Gesundheit, der digitalen Infrastruktur und der Infrastruktur in den Bereichen Wasser und Lebensmittel, zu stärken;

C. in der Erwägung, dass seit der Veröffentlichung der Empfehlung des Rates vom 8. Dezember 2022 bereits gezielte Maßnahmen durchgeführt werden, um eine gemeinsame Reaktion der EU auf Vorfälle sicherzustellen, unter anderem durch eine verstärkte Koordinierung mit der NATO durch die Arbeitsgruppe der EU und der NATO für die Resilienz kritischer Infrastruktur, die in den strukturierten Dialog zwischen der NATO und der EU über Resilienz eingebettet ist;

D. in der Erwägung, dass die repressive Politik und das zunehmende Selbstbewusstsein der Volksrepublik China, einschließlich ihrer aggressiven Haltung gegenüber Taiwan, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine die Schwachstellen der EU offenbart und deutlich gemacht haben, dass die Risiken in den Beziehungen zur Volksrepublik China und weiteren nichtdemokratischen Drittländern verringert werden müssen;

E. in der Erwägung, dass der Erwerb kritischer Infrastruktur durch China, insbesondere in der Nachbarschaft der EU, unter anderem in den Ländern des westlichen Balkans, ein zunehmendes Risiko für die Verknüpfung von Handel und Sicherheit ist;

[3] ABl. L XXX.

F. in der Erwägung, dass die strategische Partnerschaft zwischen China und Russland weiter vertieft wird, auch in den Bereichen Technologietransfer und Transfer militärischer Fähigkeiten;

Der Kern des Problems: Was ist die von China verfolgte Strategie der militärisch-zivilen Fusion?

1. betont, dass es sich bei der von China verfolgten Strategie der militärisch-zivilen Fusion um ein Programm und einen Plan unter staatlicher Leitung und Lenkung mit dem Ziel handelt, sämtliche Hebel von staatlicher Macht und Handelsmacht zu instrumentalisieren, um die Volksbefreiungsarmee – den bewaffneten Flügel der Kommunistischen Partei Chinas – zu stärken und zu unterstützen;

2. ist der Ansicht, dass Privatunternehmen aufgrund des parteigesteuerten politischen Systems und der parteigesteuerten Wirtschaft Chinas oft gezwungen sind, ihre geschäftlichen Interessen an den militärischen und repressiven Aktivitäten der Kommunistischen Partei Chinas sowie deren Aktivitäten der politischen Einflussnahme auszurichten; betont, dass die internationalen Aktivitäten chinesischer Unternehmen folglich dazu beitragen, dass die Kommunistische Partei Chinas ihren Einfluss auf Länder im Ausland ausweiten und geopolitische Rivalen untergraben kann;

3. vertritt die Auffassung, dass die militärisch-zivile Fusion in einem umfassenderen politischen und strategischen Kontext gesehen werden muss, wobei ihre Verknüpfungen mit anderen Initiativen wie der „One Belt, one road"-Initiative (einschließlich der Digitalen Seidenstraße) zu berücksichtigen sind; vertritt die Auffassung, dass das Ziel der militärisch-zivilen Fusion letztlich darin besteht, das langfristige strategische Ziel Chinas, die weltweit führende Macht zu werden, voranzubringen;

Folgen der zivil-militärischen Strategie der Volksrepublik China

4. weist warnend auf das Risiko hin, das besteht, wenn chinesische Unternehmen mit strategischen Gütern der EU zu tun haben, insbesondere Unternehmen, die direkte oder indirekte Verbindungen zum chinesischen Militärsystem haben; betont in diesem Zusammenhang seine Besorgnis angesichts der Gefahr, dass Technologie und technologisches Fachwissen an das chinesische Militär weitergegeben werden, wodurch die Fähigkeit der Volksbefreiungsarmee zur Entwicklung der nächsten Generation von Militärtechnologie verbessert würde, die genutzt werden könnte, um Partner in Asien und weltweit zu unterdrücken;

5. betont, dass der Anteil Chinas an der weltweiten Batterieproduktion 70 % beträgt (drei der fünf wichtigsten Batteriegiganten sind dort niedergelassen), 60 % der weltweiten Aluminiumproduktion und 75 % der Siliziumproduktion auf China entfallen, 60 % des Lithiums und 70 % des Kupfers in China veredelt werden und 84 % des weltweiten Nickels und 85 % des weltweiten Kobalts in China produziert werden; betont, dass chinesische Bergbauunternehmen in der Demokratischen Republik Kongo (Kobalt), Indonesien (Nickel) sowie Chile und Australien (Lithium) tätig sind und dass das Quasi-Monopol Chinas auf die Herstellung und Verarbeitung dieser kritischen Rohstoffe eine akute geopolitische Herausforderung für die EU sowie ein enormes Risiko für die europäische Verteidigungsindustrie und weitere Industriezweige ist;

6. weist erneut darauf hin, dass sowohl diplomatische als auch militärische Kommunikation über Unterseekabel in Privateigentum übermittelt wird, die von chinesischen Unternehmen wie dem Unternehmen HMN Technologies, das mit dem Bereich Cyberaufklärung der Volksbefreiungsarmee verbunden ist, bereitgestellt werden; bringt seine tiefe Besorgnis über die vom chinesischen Unternehmen HMN Technologies betriebenen Systeme von Untersee-Datenkabeln zum Ausdruck, die die Hoheitsgebiete der EU-Mitgliedstaaten und den indopazifischen Raum, einschließlich der Militärstützpunkte der Mitgliedstaaten und der NATO in der Region, miteinander verbinden und durch die im Zusammenhang mit der Unterwasserüberwachung und Nachrichtengewinnung Sicherheitsschwachstellen entstehen;

Erarbeitung von Reaktionen: Erweiterung des Instrumentariums für die Reaktion auf Bedenken im Bereich Sicherheit und Verteidigung

7. weist warnend darauf hin, dass angesichts der Verschlechterung des Sicherheitsumfelds in Europa und weltweit dringend darüber nachgedacht werden muss, wie die strategische Autonomie der EU gestärkt und ihre Abhängigkeit von Ländern wie der Volksrepublik China, bei denen es sich um systemische Rivalen und nicht um strategische Partner handelt, verringert werden kann; betont, dass verhindert werden muss, dass sensible neu entstehende Technologien und wichtige Güter mit doppeltem Verwendungszweck in problematische Länder gelangen, die Strategien der militärisch-zivilen Fusion verfolgen oder an einer diesbezüglichen Zusammenarbeit beteiligt sind;

8. ist nach wie vor besorgt angesichts der Tatsache, dass kritische europäische Infrastruktur zunehmend anfällig für Einflussnahme von außen wird; würdigt in diesem Zusammenhang, dass in letzter Zeit legislative Schritte unternommen wurden, um die Resilienz kritischer Einrichtungen in der EU zu stärken; stellt jedoch mit Besorgnis fest, dass diese Initiativen weitgehend auf Verfahren zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen beschränkt sind, wodurch der Kommunistischen Partei Chinas andere Kanäle offen bleiben, um sich Zugang zu kritischen Gütern zu verschaffen und auf sie Einfluss zu nehmen;

9. weist darauf hin, dass sich die Überprüfung von Akteuren mit Zugang zu kritischer Infrastruktur nicht auf Direktinvestitionen beschränken darf; fordert, dass die bestehenden Instrumente für die Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen und Subventionen aus Drittstaaten um allgemeine Überprüfungsverfahren für alle Akteure erweitert werden, die in der EU an kritischen Infrastrukturprojekten beteiligt sind; fordert die Kommission auf, mit Unterstützung der Mitgliedstaaten den Zugang Chinas zu kritischer Infrastruktur in der EU zu kartieren, zu verfolgen und zu bewerten; betont, dass die Mitgliedstaaten letztlich für den Schutz der Infrastruktur zuständig sind, dass sie jedoch weder die derzeitigen Leitlinien für ausländische Direktinvestitionen konsequent umsetzen noch auf nationaler Ebene Mechanismen für die Überprüfung von Investitionen eingerichtet haben;

10. begrüßt, dass der Vorschlag der Kommission für eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit das Potenzial aufweist, das EU-Instrumentarium auf Ausfuhren oder Auslandsinvestitionen in ein begrenztes Spektrum von Schlüsseltechnologien mit militärischen Anwendungsmöglichkeiten, unter anderem in den Bereichen Quanteninformatik, fortgeschrittene Halbleiter und künstliche

Intelligenz, auszuweiten; fordert, dass die Vorschläge der Kommission zügig angenommen werden und dass die Mitgliedstaaten den erweiterten Rechtsrahmen der EU uneingeschränkt umsetzen, um Unternehmen auszuschließen, die einen Beitrag zur militärisch-zivilen Fusion leisten könnten;

11. begrüßt ferner den Vorschlag der Kommission, den Abfluss sensibler neu entstehender Technologien zu verhindern, indem eine Liste von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck erstellt wird, die auf eng definierten und zukunftsorientierten Kriterien beruht, wie etwa dem potenziellen Befähigungs- und Transformationscharakter einer Technologie, dem Risiko der militärisch-zivilen Fusion und dem Risiko, dass die Technologie für Menschenrechtsverletzungen missbraucht wird; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Schutzmaßnahmen für diese Technologien mit doppeltem Verwendungszweck so bald wie möglich zu ermitteln und umzusetzen;

12. begrüßt die Verabschiedung des europäischen Chip-Gesetzes, mit dem die Fähigkeit der EU zur Herstellung von Halbleitern verbessert wird und in dem unter anderem die Erstellung einer strategischen Karte der Kapazitätslücken in der Halbleiter-Wertschöpfungskette in der EU vorgesehen ist, wodurch die Abhängigkeit der EU von Drittländern wie China begrenzt wird; fordert weitere Vorschläge zur Sicherstellung der Produktions- und Lieferketten kritischer Infrastruktur und Materialien in der EU;

13. fordert die Kommission auf, einen neuen Rechtsrahmen vorzuschlagen, mit dem die Sicherheitsrisiken verringert werden, die von den Anbietern von Systemen von Unterseekabeln ausgehen; betont, dass verhindert werden muss, dass Anbieter von Kabelsystemen wie chinesische Unternehmen Daten mit Nachrichtendiensten austauschen, es sei denn, der Austausch dient dazu, die Infrastruktur vor dem Eindringen von außen oder bösartigen Angriffen zu schützen;

Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Sicherheit: Stärkung der Resilienz der engsten Partner der EU

14. ist sich der Durchdringung des EU-Marktes und seiner umfassenderen Nachbarschaft durch die Volksrepublik China bewusst; fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, dafür zu sorgen, dass die Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der EU gegenüber dem Einfluss Chinas auch auf die engsten Partner der EU ausgeweitet werden, insbesondere die Beitrittsländer und die Länder, die Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind;

15. weist darauf hin, dass die Marinestreitkräfte der Volksrepublik China über rechtliche Mittel verfügen, mit denen sie sicherstellen können, dass zivile Schiffe und Infrastrukturen Chinas für militärische und sicherheitspolitische Zwecke genutzt werden können; ist der Ansicht, dass China seine zivile gewerbliche Infrastruktur nutzen kann, um die Präsenz der Volksbefreiungsarmee in Drittländern zu unterstützen; weist warnend darauf hin, dass eine derartige militärisch-zivile Fusion der Volksbefreiungsarmee Zugang zu ausländischen Häfen verschafft und es ihr dadurch ermöglicht, dort logistische Unterstützung für Verlegungen der Marine bis in den Indischen Ozean, das Mittelmeer und den Atlantik bereitzuhalten; betont, dass das Spionagerisiko am höchsten ist, wenn sich chinesische zivile gewerbliche Güter an

Logistikdrehkreuzen in der Nähe der Marinestützpunkte der EU und der NATO oder in der Nähe von Hafenbetreibern befinden, die sich vertraglich zur logistischen Unterstützung europäischer Unternehmen verpflichtet haben;

16. stellt fest, dass ein Drittel der seit 2010 in Afrika errichteten Infrastruktur von chinesischen staatseigenen Unternehmen finanziert und gebaut wurde; betont, dass China in den vergangenen 20 Jahren seine Handels-, Investitions- und Darlehenszusagen erhöht hat, dabei aber kaum oder undurchsichtige vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist; erklärt sich besorgt angesichts der Tatsache, dass dieses chinesische Modell eindeutig für viele Länder attraktiv ist, die die Anforderungen der EU für den Zugang zu Finanzmitteln in gleicher Höhe nicht erfüllen können, wodurch der Einfluss Chinas zum Nachteil der EU-Partnerschaften ausgeweitet wird; fordert die Kommission und den EAD auf, dafür zu sorgen, dass die hohen Maßstäbe der EU bei Investitionen in Partnerländern ihre sicherheitspolitischen Beziehungen und ihr Engagement als verlässlicher und strategischer Partner nicht beeinträchtigen;

17. hebt mit Besorgnis die Strategie der Volksrepublik China hervor, an der Küste Afrikas eine „Kooperationsbasis für die blaue Wirtschaft“ aufzubauen, unter anderem durch den Bau von Fischereifahrzeugen und Reparatureinrichtungen für Schiffe, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können; betont, dass es bei diesen Vereinbarungen mit afrikanischen Ländern und den Genehmigungen allgemein an Genauigkeit und Transparenz mangelt; weist auf die potenziellen geopolitischen Folgen für die EU hin, insbesondere in Drittländern, in denen sich die EU engagiert;

°

° °

18. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Rat und der Kommission zu übermitteln.